Wenn Sie aber jetzt die aktuellen politischen Diskussionen bzw. Wahlkampfparolen der Alt-Parteien verfolgen, werden Sie erkennen, dass nun plötzlich diese Themen Soziales, Familie, Arbeit, Renten und Bildung im Mittelpunkt stehen. Genau jene Lebensbereiche unserer Gesellschaft wurden aber seit 1998 gerade von den Alt-Parteien nicht wirklich gestaltet. Vorgeblich hieß es immer, der Staat hat kein Geld, es muss gespart werden, die Staatsschulden steigen an, etc.

Plötzlich werden aber 20, 30 oder mehr Milliarden EURO pro Jahr ausgegeben für illegale Flüchtlinge, für deren Familiennachzug, für Integrationsprojekte, für Entwicklungshilfe an obskure Diktaturen, für Flüchtlingsabkommen, für immer neue Kriegseinsätze der Bundeswehr usw.

Der Steuerzahler wird in Deutschland mit einem traurigen Spitzenwert von fast 50 % des Einkommens belastet. Im internationalen Durchschnitt sind es 36 % in Europa.

Unser Staat hat noch nie so viele Steuern eingenommen wie in den letzten Jahren, und das bei rückläufigen Bevölkerungszahlen.

Fragen Sie sich nicht auch, wo ist unser Geld geblieben?

Wann wird die Steuergeldverschwendung geahndet?

Nur die AfD kann unbelastet, konstruktiv und ideologiefrei handeln.

Wir denken den Sozialstaat des 21. Jahrhunderts neu!

Das ist eine große Herausforderung und Aufgabe, wir bitten Sie, unterstützen Sie uns bei dieser Zielsetzung und geben Sie uns am 24. September 2017 Ihre Stimme!

Weitere Stammtische finden immer
am ersten Donnerstag im Monat statt.
1. Juni, 6. Juli, 8. August, 7. September

AfD-Kreisverband Havelland
Heinrich Heine-Straße 40, 14727 Premnitz
IBAN: DE 55 1605 0000 1000 8464 38
BIC: WELADED1PMB
www.afd-havelland.de

Alternative für Deutschland

Der neue Ortsverband der AfD Schönwalde-Glien

(v. links: Axel Schröder (Beisitzer), Horst Paasch (stellv. Vorsitzender), Konstantin Boursanoff (Schriftführer), Susanne Brien (Beisitzerin), Christoph Dreyer (Vorsitzender)

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger von Schönwalde-Glien herzlich zu unserem 6. Offenen Stammtisch am 4. Mai ab 19.00 Uhr ein

Ort: Gasthof Schwanenkrug, Kaminzimmer,
Berliner Allee 9, Schönwalde-Siedlung

Unser Gast: Bundestags-Direktkandidat Christian Schmidt

Unser Dialog mit Ihnen:
Auszüge aus unserem Grundsatzprogramm

- **Rentensystem / Einführung Bürgerversicherung**
- **Mindestlohn / Altersarmut**
- **Bildungssystem**
- **Krankenversicherung / 2-Klassen-Medizin**

Kreisverband Havelland
facebook.com/afd.havelland

Alternative für Deutschland

Die AfD setzt sich dafür ein, dass das Grundgesetz wieder vollumfänglich angewendet wird.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus!

Die AfD hat daher in ihrem Grundsatzprogramm eindeutig die Leitidee eines schlanken Staates formuliert, der unbürokratisch, transparent, effizient, freiheitlich und verteilungsgerecht ist.

Hier sind einige unserer wichtigsten Vorschläge und Ziele, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, der Gesellschaft, der Unternehmen und letztendlich unseres Landes:

Das bestehende **Rentensystem muss völlig neu gestaltet werden** zu einer wirklichen gesetzlichen Bürgerversicherung. Jeder Bürger muss Beiträge gestaffelt nach Einkommen einzahlen, dazu gehört auch der **Wegfall** der **Beitragsbemessungsgrenze**. Die Mehreinnahmen könnten zur Steigerung der Rentenhöhe verwendet werden. Zudem werden gleichzeitig die Beamtenpensionen sofort abgeschafft. Diese ungedeckten Versorgungsleistungen sind schon lange nicht mehr zeitgerecht, sondern nur noch unsozial und ungerecht und belasten den Steuerzahler zudem doppelt: Da er nicht nur für seine eigenen Rentenansprüche Beiträge entrichten muss, sondern mit seinen verdienten Steuern später auch noch die Pensionen der Beamtenschaft finanzieren muss. Aktuell belaufen sich diese Pensionsansprüche nur bis zum Jahre 2040 gerechnet auf unglaubliche 2 Billionen Euro (2.000 Milliarden Euro)!

Der aktuelle **Mindestlohn muss steuerfrei gestellt werden**, bei ca. 16.970 Euro brutto im Jahr sind bisher nur rd. 8.800 Euro steuerfrei! Die Entlastung sollte in einen höheren Rentenbeitrag einfließen um später die jetzt noch unausweichliche **Altersarmut zu vermeiden**. Es ist auch höchst ungerecht und unsozial, dass zur Zeit ein lebenslänglicher Hartz4-Bezieher(darunter auch Arbeitsverweigerer, unqualifizierte Migranten, Flüchtlinge, Asylanten, Scheinselbständige etc.) im Alter die gleiche Rente bzw. Grundsicherung erhält (wohlgemerkt aus Steuergeldern) wie ein hart arbeitender Geringverdiener. Dies ist nicht länger hinnehmbar! Rentengerechtigkeit heißt vor allem, jeder der Beiträge eingezahlt hat, muss mehr Rente erhalten als jemand, der überhaupt nicht eingezahlt hat.

Das **Bildungssystem muss unverzüglich modernisiert werden**. Dazu gehören moderne, gut ausgestattete Schulen und Universitäten, einheitliche Vorgaben bei den Lernzielen und ständige Leistungsüberprüfungen, sowohl der Schüler und Studenten als auch der Lehrkörper. Leistungsschwache bzw. Leistungsunwillige müssen entsprechende Konsequenzen erwarten. Schulen und Universitäten müssen sich als erfolgsorientierte Bildungsunternehmen repräsentieren. Deutschland hat im internationalen Vergleich im Bildungswesen enorme Defizite, obwohl der Steuerzahler hier gerade deutlich mehr investiert als in anderen Ländern. Es ist also primär keine Geldfrage. Hier sehen wir vor allem die schon lange angestrebte flächendeckende Ganztagsschule als Lösungsbeitrag und die konsequente Fortführung der Exzellenzinitiative für Universitäten.

Die heutige parallele **Krankenversicherungsstruktur** mit privaten und gesetzlichen Krankenkassen muss sofort beendet werden. Eine **Zwei-Klassen-Medizin** darf nicht länger geduldet werden. Jeder Steuerzahler hat schließlich die Ausbildung der Mediziner und die Errichtung und den Betrieb der Krankenhäuser/Pflegeheime finanziert, dann darf er nicht später wegen geringen Einkommens genau von diesen Ärzten und Krankenhäusern/Pflegeheimen sozusagen als zweitrangiger Patient diskriminiert werden. **Dieses System ist höchst unsozial und ungerecht!** Zudem muss unverzüglich wieder die Beitragsparität wiederhergestellt werden. Auch die Arbeitgeber müssen genau hälftig ihren Beitrag leisten. Die Beitragsbemessungsgrenze wird aufgehoben bzw. deutlich erhöht, je nach Einkommen. Die so mehr erzielten Einnahmen kommen dann allen Patienten in der Versorgung zugute. Der Leistungskatalog muss an aktuelle medizinische Erfordernisse angepasst werden.

Die AfD hat seit ihrer Gründung im Jahre 2013 viele Fehlentwicklungen in unserem Land und in der EU benannt, die die Bürgerinnen und Bürger persönlich betreffen und sogar negativ beeinträchtigen in ihrer Lebensplanung und -gestaltung.